

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5221

"Asylmissbrauch wirksam bekämpfen - schutzbedürftige Asylbewerber gerechter verteilen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5221 vom 10.02.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5264 vom 11.02.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.02.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Petra Guttenberger, Joachim Unterländer, Dr. Florian Herrmann, Dr. Franz Rieger, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike, Hermann Imhof, Walter Taubeneder, Manfred Ländner, Martin Bachhuber, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Michaela Kaniber, Alexander König, Bernd Kränzle, Otto Leiderer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Asylmissbrauch wirksam bekämpfen – schutzbedürftige Asylbewerber gerechter verteilen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des zunehmenden Asylmissbrauchs zu ergreifen und sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass der massiv ansteigende Zustrom nicht schutzbedürftiger Asylbewerber, wie sie derzeit vor allem aus dem Kosovo nach Deutschland einreisen, eingedämmt wird.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag die vom Ministerrat am 10. Februar 2015 in diesem Zusammenhang beschlossenen Maßnahmen.

Aus Sicht des Landtags sind dabei folgende Punkte besonders vordringlich:

- Priorisierte Behandlung der Asylverfahren von Asylbewerbern aus Herkunftsändern mit geringen Gesamtschutzquoten durch das BAMF;
- Weitere Aufstockung des Personals beim BAMF zur generell beschleunigten Durchführung von Asylverfahren;
- Einstufung des Kosovo und Albaniens als sichere Herkunftsstaaten;
- Zeitnahe und effektive Rückführung nicht schutzbedürftiger Asylbewerber;
- Soweit möglich Gewährung von Sach- statt Geldleistungen an Asylbewerber aus dem Kosovo und den sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkan.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine gerechtere Verteilung der in die EU einreisenden Asylbewerber auf alle Mitgliedstaaten einzusetzen. Dabei soll im Rahmen einer Weiterentwicklung des Krisenbewältigungsmechanismus nach Artikel 33 der Dublin-III-Verordnung eine Verteilung entsprechend eines zur Erreichung dieses Ziels geeigneten Verteilungsschlüssels angestrebt werden. Ziel ist es, im Fall besonderer Belastungen der Asylsysteme einzelner Mitgliedstaaten diese zu entlasten.

Die Dublin-III-Verordnung soll im Übrigen unberührt bleiben. Insbesondere ist daran festzuhalten, dass jeweils nur ein Mitgliedstaat – in der Regel der Staat der Ersteinreise – für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Die Staaten an der EU-Außengrenze müssen außerdem verpflichtet bleiben, illegale Einreisen in die EU zu unterbinden und eingereiste Personen entsprechend den europarechtlichen Vorgaben zu identifizieren und ordnungsgemäß zu registrieren.

Begründung:

Der Zustrom von Asylbewerbern aus verschiedenen Staaten Südosteuropas, sogenannte „Balkanstaaten“, hat in den letzten Jahren ganz erheblich zugenommen. Dabei ist Grund der Flucht regelmäßig nicht politische Verfolgung, sondern die Aussicht, in Deutschland Leistungen zu beziehen zu können. Unter anderem aufgrund des Einsatzes der Staatsregierung konnte erreicht werden, dass wenigstens die Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Drittstaaten definiert wurden. Bereits diese Regelung stieß auf erbitterten Widerstand bei den rot-grünen regierten Ländern im Bundesrat. Letztlich war eine Einstufung lediglich auf Basis eines Kompromisses möglich, nach dem Baden-Württemberg der Regelung im Gegenzug gegen großzügigere Sozialleistungen für Asylbewerber zustimmte. Auch diese Leistungen sind es nun, die aktuell tausende Kosovaren dazu bewegen, nach Deutschland einzureisen, um hier in den Genuss allen voran der Geldleistungen zu kommen.

Ein Vergleich der Zahlen im Dezember 2013 und 2014 zeigt nahezu eine Verfünffachung, in absoluten Zahlen stellten im Dezember 2014 1.461 Kosovaren Asylerstanträge in Deutschland. Dabei war im Jahr 2014 lediglich 1,1 Prozent der Antragsteller Schutz nach dem Asylrecht zu gewähren. Nach Berichten des

Auswärtigen Amts in Pristina könnten sich in Kürze weitere zehntausende Bewohner des Kosovo auf den Weg nach Deutschland machen. Dies überlastet nicht nur das deutsche Asylsystem zu Lasten der tatsächlich Verfolgten, hier vor allem syrischer Kriegsflüchtlinge, es schafft auch im Kosovo massive Probleme wenn ein guter Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung plötzlich das Land verlässt.

Zugleich müssen diejenigen Asylbewerber, die unseren Schutz wirklich benötigen, gerechter auf die Mitgliedstaaten der EU verteilt werden. Bisher werden rund ein Drittel aller Asylbewerber, die in den Mitgliedstaaten der EU Schutz suchen, allein von Deutschland aufgenommen. Damit trägt die Bundesrepublik Deutschland mit weitem Abstand die Haupt-

last der Flüchtlinge in der gesamten EU. Kein anderes Land hat so viele Asylbewerber und Flüchtlinge wie die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen. Auch andere EU-Staaten müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Dies gilt insbesondere in Zeiten besonderer Belastungen von Asylsystemen in einigen Mitgliedstaaten. Begleitend ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuwirken, dass alle EU-Staaten funktionierende Aufnahmesysteme gewährleisten.

Diese Maßnahmen sind im Sinn einer gesellschaftlichen Akzeptanz und aus Gründen der europäischen Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen erforderlich. Die EU-rechtlichen Verpflichtungen der Staaten an den EU-Außengrenzen sollen unverändert bestehen bleiben.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Petra Guttenberger, Joachim Unterländer, Dr. Florian Herrmann, Dr. Franz Rieger, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike, Hermann Imhof, Walter Taubeneder, Manfred Ländner, Martin Bachhuber, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Michaela Kaniber, Alexander König, Bernd Kränzle, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Drs. 17/5221

Asylmissbrauch wirksam bekämpfen – schutzbedürftige Asylbewerber gerechter verteilen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des zunehmenden Asylmissbrauchs zu ergreifen und sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass der massiv ansteigende Zustrom nicht schutzbedürftiger Asylbewerber, wie sie derzeit vor allem aus dem Kosovo nach Deutschland einreisen, eingedämmt wird.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag die vom Ministerrat am 10. Februar 2015 in diesem Zusammenhang beschlossenen Maßnahmen.

Aus Sicht des Landtags sind dabei folgende Punkte besonders vordringlich:

- Priorisierte Behandlung der Asylverfahren von Asylbewerbern aus Herkunftsändern mit geringen Gesamtschutzquoten durch das BAMF;
- Weitere Aufstockung des Personals beim BAMF zur generell beschleunigten Durchführung von Asylverfahren;
- Einstufung des Kosovo und Albaniens als sichere Herkunftsstaaten;
- Zeitnahe und effektive Rückführung nicht schutzbedürftiger Asylbewerber;
- Soweit möglich Gewährung von Sach- statt Geldleistungen an Asylbewerber aus dem Kosovo und den sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkan.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine gerechtere Verteilung der in die EU einreisenden Asylbewerber auf alle Mitgliedstaaten einzusetzen. Dabei soll im Rahmen einer Weiterentwicklung des Krisenbewältigungsmechanismus nach Artikel 33 der Dublin-III-Verordnung eine Verteilung entsprechend eines zur Erreichung dieses Ziels geeigneten Verteilungsschlüssels angestrebt werden. Ziel ist es, im Fall besonderer Belastungen der Asylsysteme einzelner Mitgliedstaaten diese zu entlasten.

Die Dublin-III-Verordnung soll im Übrigen unberührt bleiben. Insbesondere ist daran festzuhalten, dass jeweils nur ein Mitgliedstaat – in der Regel der Staat der Ersteinreise – für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Die Staaten an der EU-Außengrenze müssen außerdem verpflichtet bleiben, illegale Einreisen in die EU zu unterbinden und eingereiste Personen entsprechend den europarechtlichen Vorgaben zu identifizieren und ordnungsgemäß zu registrieren.

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Thomas Huber

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Hans Herold

Abg. Christine Kamm

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Angelika Weikert

Abg. Petra Guttenberger

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Staatsminister Joachim Herrmann

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU)

Asylmissbrauch wirksam bekämpfen - schutzbedürftige Asylbewerber gerechter verteilen (Drs. 17/5221)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Flucht aus dem Kosovo - Hilfe vor Ort statt Überlastung des Asylsystems (Drs. 17/5234)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,

Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Asylsuchende aus den Balkanstaaten - Armut bekämpfen, Diskriminierung beenden (Drs. 17/5235)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Kollege Thomas Huber für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe von der CSU: Mikro!)

– Ich bitte Sie, die Redezeit wieder zurückzustellen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ihr habt doch genug.

Thomas Huber (CSU): Herr Präsident, herzlichen Dank für das Mikro. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 7 hat gezeigt, dass unser Antrag nicht dringlicher und aktueller sein könnte. Die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge aus dem Kosovo nimmt dramatische Ausmaße an. Täglich wandern rund 1.000 Kosovaren aus ihrer Heimat ab, ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen. Inzwischen stellen sie – unsere Ministerin hat es gerade angesprochen – fast 80 % der Asylbewerber, die bei uns ankommen. Sie haben eine Anerkennungsquote von nicht einmal 1 %. Meine Kollegin Petra Guttenberger wird auf diesen Teil unseres Dringlichkeitsantrags noch näher eingehen.

Mit dem zweiten Teil unseres Dringlichkeitsantrags wende ich meinen Blick zu unseren europäischen Nachbarn und stelle die Frage, ob die schutzbedürftigen Asylbewerber in Europa gerecht verteilt sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können stolz auf die Willkommenskultur sein, wie sie Asylbewerber und Flüchtlinge derzeit in Bayern erleben, sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Dafür danken wir allen ganz herzlich, die sowohl im Haupt- als auch im Ehrenamt dazu beitragen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn der Freistaat Bayern im gesamten ersten Halbjahr 2014 nur 165 Asylbewerber aufgenommen hätte, hätte er sich mit Sicherheit eine Menge Kritik anhören müssen, und zwar völlig zu Recht. Ich würde auch zu den Kritikern gehören; denn allein in Deutschland haben im gleichen Zeitraum – Januar bis Juni 2014 – rund 75.000 Menschen einen Asylantrag gestellt. Das sind 31,3 % aller Flüchtlinge in der EU.

Es gibt aber ein Land in Europa – das ist nicht das einzige; mit rund 11 Millionen Einwohnern ist es durchaus vergleichbar mit Bayern –, in dem tatsächlich im gesamten ersten Halbjahr des Jahres 2014 nur 165 Asylbewerber einen Asylantrag gestellt haben. Dabei handelt es sich um Portugal. Meine Damen und Herren, die Zahl von 165 aufgenommenen Asylbewerbern in Portugal entspricht 0,1 % aller Flüchtlinge in

der Europäischen Union. Das ist eine verschwindend geringe Zahl. Das bedeutet, jeder Landkreis in Bayern hat im gleichen Zeitraum ein Vielfaches mehr an Asylbewerbern aufgenommen als das gesamte Land Portugal. Selbstverständlich kann man berechtigterweise einwenden, dass Portugal aufgrund seiner schwächeren Wirtschaftskraft nicht so viele Asylbewerber aufnehmen kann wie beispielsweise Deutschland und Schweden, die zusammen allein die Hälfte aller Asylbewerber innerhalb der Europäischen Union aufnehmen. Grundsätzlich ist dieses Argument nachvollziehbar. Trotzdem bleibt die zentrale Frage offen, wie viele Asylbewerber gerechterweise auf jedes einzelne europäische Land verteilt werden müssten. Die Aufnahme von lediglich 165 Asylbewerbern für ein Land mit 11 Millionen Einwohnern ist jedenfalls nicht gerecht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb muss sich die Europäische Union dringend die grundsätzliche Frage stellen, wie künftig eine gerechte Verteilung der schutzbedürftigen Asylbewerber auf ihre einzelnen Mitgliedsstaaten erreicht werden kann. Neben einer naheliegenden Verteilung nach Einwohnerzahl sind auch andere Modelle denkbar. Unserer Meinung nach wäre es wünschenswert, die Wirtschaftskraft der einzelnen Aufnahmestaaten zu berücksichtigen. Nach einem solchen Verfahren – Stichwort Königsteiner Schlüssel – werden die Asylbewerber bekanntermaßen innerhalb Deutschlands verteilt. Wie krass die Diskrepanz zwischen der Einwohnerzahl und der Wirtschaftskraft vieler Staaten in Europa im Hinblick auf die Verteilung der Asylbewerber ist, zeigen folgende beispielhafte Berechnungen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigung, Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Huber (CSU): Bitte anschließend. – Bei einem Verteilungsschlüssel nach Einwohnern hätte Portugal im ersten Halbjahr 2014 4.944 Menschen aufnehmen müssen. Das wären 2,1 %. Legt man den Verteilungsschlüssel das Bruttoinlandsprodukt zugrunde, kommt man auf 3.131 Menschen. Das wären nur 1,3 %. Wenn man beide Kriterien miteinander kombinieren würde, käme man auf 3.669 Menschen. Das wären

immerhin 1,5 %. Die 165 Menschen, die Portugal, wie erwähnt, tatsächlich aufgenommen hat, sind nicht einmal 5 % dieser Summe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle die Frage: Ist das gerecht?

(Beifall bei der CSU)

Andere Beispiele gibt es selbstverständlich auch. Großbritannien müsste nach der Kombination beider Kriterien 13,9 % der Asylbewerber aufnehmen. Es sind aber nur 6 %. Nach Kombination beider Kriterien müsste Spanien 8,3 % der Asylbewerber aufnehmen. Tatsächlich sind es jedoch nur 0,9 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann europäische Solidarität nicht aussehen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem zweiten Teil unseres Dringlichkeitsantrags fordern wir deshalb die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und Europaebene für eine gerechtere Verteilung der in die EU einreisenden Asylbewerber auf alle Mitgliedstaaten einzusetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist weder gerecht noch solidarisch, dass lediglich 5 von 28 Mitgliedstaaten über 70 % aller Flüchtlinge aufnehmen. Deshalb ist es an der Zeit, die Aufnahme der Asylbewerber endlich als gesamteuropäische Aufgabe anzupacken und sie nicht länger einigen wenigen Mitgliedstaaten zu überlassen.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist umso dringlicher, als der Flüchtlingsdruck auf Europa durch wirklich verfolgte Menschen wegen der anhaltenden Krise im Nahen Osten und der bestialischen Gewalt des IS in Syrien und im Irak sicherlich weiter steigen wird. Ich rede wohlgemerkt von in Krisengebieten verfolgten Menschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kosovo ist ein armes Land; aber er ist kein Krisengebiet. Deshalb soll nach unserer Vorstellung der Krisenbewältigungsmechanismus nach Artikel 33 der Dublin-III-Verordnung weiterentwickelt werden. Eine Verteilung nach einem geeigneten Verteilungsschlüssel muss in diesem Sinne ange-

strebt werden. Ziel muss die Entlastung einzelner Mitgliedstaaten sein, die über ein gerechtes Maß hinaus überlastet sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte betonen, dass die Dublin-III-Verordnung im Übrigen unberührt bleiben soll. Insbesondere ist daran festzuhalten, dass jeweils nur ein Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Wir von der CSU-Landtagsfraktion sind davon überzeugt: Wenn wir weiterhin eine möglichst breite Unterstützung der Menschen in Deutschland und in den anderen EU-Mitgliedstaaten für die Aufnahme von Asylbewerbern erhalten bzw. erreichen wollen, müssen wir es in Zukunft schaffen, die Asylbewerber gerechter zu verteilen. Wir dürfen nicht riskieren, dass das großartige humanitäre Engagement der bayerischen Bevölkerung, auf das wir alle zu Recht stolz sein können, irgendwann als überstrapaziert empfunden wird. Schauen Sie nach Schweden. Die "SZ" berichtete erst am 9. Februar auf Seite 8 unter dem Titel "Abschied vom Willkommensland": Schweden ächzt unter dem Flüchtlingsstrom, und die Toleranz schwindet. Wollen wir solche Zustände auch bei uns? Der "Münchener Merkur" schreibt heute: "Mehr Angriffe auf Asylbewerberheime ... Die Zahl rassistischer Angriffe auf deutsche Asylbewerberheime steigt dramatisch an". Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Rattenfänger, die mit Parolen wie "Das Boot ist voll" schon einmal zu hören waren, dürfen keinen Nährboden finden. Das geht auf Dauer aber nur, wenn die Menschen die europäische Asylpolitik als gerecht empfinden. Deshalb bitte ich Sie alle, dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Huber. – Wir haben zwei angemeldete Zwischenbemerkungen, zunächst eine von Herrn Kollegen Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Dazu gäbe es viel zu sagen, Herr Kollege. Ich will nur auf einen Umstand hinweisen und Sie fragen, ob Sie wissen, dass die SPD-Fraktion gestern im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Be-

ziehungen exakt das, was Sie hier fordern - nämlich eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa, eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, eine Berücksichtigung von Wirtschaftskraft und der Größe des Landes bei der Verteilung der Flüchtlinge in Europa -, in einem Antrag gefordert hat, und ob Sie wissen, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen exakt diesen Antrag abgelehnt haben? Wie würden Sie erklären, dass Sie am Tag vorher das ablehnen, was Sie am nächsten Tag im Plenum dieses Hauses fordern? Wie würden Sie das beurteilen? Sind Sie bereit, dieses doppelzüngige Abstimmungsverhalten zu revidieren und den Anträgen, die eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa fordern, zuzustimmen?

Thomas Huber (CSU): Herr Kollege Pfaffmann, ich habe den Antrag natürlich genau angeschaut. Ich bin zwar kein Mitglied dieses Ausschusses, bin aber extra zwischen zwei anderen Sitzungen in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen gegangen und habe diesen Antrag sehr genau angeschaut. Die Kolleginnen und Kollegen der CSU haben ihn zu Recht abgelehnt. Sie haben in diesem Antrag für einen Ersatz des Dublin-Systems plädiert. Ich zitiere aus Ihrem Antrag.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): In Bezug auf die gerechte Verteilung!)

- Hören Sie mir doch einmal zu! Sie haben mir eine Frage gestellt. Geben Sie mir also die Möglichkeit, Sie zu beantworten. – Wir wollen im Rahmen von Dublin III eine Weiterentwicklung. Sie wollen eine Ersetzung des bestehenden Systems. Das bekommen wir auf europäischer Ebene nicht hin. Wir sind der Auffassung, dass der grundsätzliche Mechanismus nicht infrage gestellt werden darf. Unserer Rechtsauffassung nach kann temporär im Rahmen des Artikels 33 der Dublin-III-Verordnung eine von der üblichen Asylbewerberzuteilung abweichende Verteilung hergestellt werden. Sie fordern einen Ersatz, also einen Wechsel des Systems.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo ist der Unterschied?)

Wir wollen im bestehenden System Verbesserungen erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Dann kommt Kollege Aiwanger mit seiner Zwischenbemerkung.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben jetzt sehr ausführlich vorgerechnet, welche Zahl an Asylbewerbern Portugal hätte aufnehmen müssen, wenn ein anderer Verteilungsschlüssel bestünde. Da geben wir Ihnen recht. Das entscheidet aber leider nicht der Bayerische Landtag. Vielleicht können Sie uns kurz darüber informieren – Sie sind als CSU an der Regierung in Berlin beteiligt -, was eine Frau Merkel dort tut, um eine Änderung des Verteilungsschlüssels herbeizuführen, ob sie sich dort bei ihren Verhandlungspartnern nicht durchsetzen kann und sie deswegen die Unterstützung der Opposition im Bayerischen Landtag braucht. Was tut ein Kollege Weber von der CSU, Vorsitzender der EVP im Europaparlament, um diese Dinge voranzubringen?

Thomas Huber (CSU): Herr Kollege Aiwanger, ich beziehe mich auf Ihren Antrag im Vergleich zu unserem, der auch in der Formulierung fordert, dass die Staatsregierung sich auf Bundes- und Europaebene einsetzt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben eine Kanzlerin! – Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER): Wir sind nicht in der Verantwortung, Sie schon!)

Ich gehe nicht auf die Inhalte der Forderungen ein. Wir sind hier der Bayerische Landtag. Wir können durchaus als Legislative unsere Staatsregierung bitten oder auffordern, sich für etwas einzusetzen. Nichts anderes tun wir hier.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Frage war, was die Merkel tut!)

- Was die Frau Merkel macht, kann ich Ihnen leider nicht beantworten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sollten Sie aber!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank für Ihren Redebeitrag, Herr Kollege Huber. – Die nächste Wortmeldung für die FREIEN WÄHLER kommt von Herrn Kollegen Hanisch. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich wieder von Portugal in den Freistaat Bayern zurückkommen, in den Bayerischen Landtag. Hier können wir leider Gottes nicht darüber entscheiden, welches Land wie viele Asylbewerber aufzunehmen hat. Wenn ich die Äußerung der Frau Ministerin von vorhin heranziehen darf: Sie hat gesagt, dass gigantische Herausforderungen vor uns liegen, die täglich zu bewältigen sind. Der Freistaat Bayern hat diese mit Sicherheit zu bewältigen, aber auch die Kommune draußen vor Ort, jeder Landkreis und jede Gemeinde. Das Thema ist inzwischen ein Problem für uns alle geworden. Wenn wir nicht Obacht geben, droht die Gefahr, dass die Stimmung draußen in der Bevölkerung kippt. Meine Damen und Herren, wir haben Demonstrationen und Ähnliches hinter uns. Es ist wichtig, dass wir dieses Thema anpacken und dass wir dort etwas tun, wo wir etwas tun können.

Ich muss lesen, dass 50 bis 70 % der Asylbewerber, die täglich ankommen – das ist je nach Tag ein bisschen unterschiedlich -, aus dem Kosovo kommen und dass von diesen Asylbewerbern letztlich nur 0,1 % als Asylberechtigte anerkannt werden. Meine Damen und Herren, das sind Zahlen, die uns veranlassen müssen zu handeln, so menschlich verständlich es durchaus sein kann, dass der Einzelne, der in einem wirtschaftlich und politisch instabilen und perspektivlosen Land wohnt, zu uns kommen will, in das Land, das überall sehr positiv dargestellt wird. Aber es ist politisch logisch, dass wir nur dann Hilfe und Schutz geben können, wenn das Leben bedroht ist.

Meine Damen und Herren, dazu ist es erforderlich, die Spreu vom Weizen zu trennen. Dazu gehört, mehr Personal einzustellen. Das können wir in kleinen Bereichen; aber im Wesentlichen muss das durch die Bundesregierung erfolgen. Hier beantragen Sie das zwar, aber dort, wo Sie in der Regierung sind, tun Sie nichts dafür. Das können wir nicht verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen mehr Personal. Wir brauchen eine drastische Kürzung der Verfahrensdauer, weil die Bevölkerung draußen die langen Verfahrensdauern am wenigsten versteht. Das können wir alle nicht hinnehmen. Dann muss man das Wort "Herkunftsland" besser definieren und klarere Regelungen schaffen. Deshalb stellen wir unseren Antrag. Ich möchte die drei Punkte kurz erläutern. Wir haben als Überschrift "Flucht aus dem Kosovo – Hilfe vor Ort statt Überlastung des Asylsystems" gewählt. In unseren Augen ist die einfachste Lösung, vor Ort zu helfen. Dazu muss die wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern verbessert werden; wir müssen helfen, dort die Not zu lindern; wir müssen helfen, instabile Verhältnisse zu verbessern, Armut zu beseitigen bzw. zu lindern und Diskriminierung zu beenden, damit Kriminalität reduziert, Korruption vermieden und die Abwanderung gestoppt wird. – Meine Damen und Herren, das vor Ort zu tun, wäre der erste Schritt. Damit können wir sicherlich am meisten erreichen.

Zweitens. Das Kosovo soll als sicheres Herkunftsland eingestuft werden. Ich war zweimal im Kosovo und habe die Situation dort erlebt. Als ich vor einem Jahr dort war, hieß es ganz salopp: Wenn jemand vom Kosovo nach Deutschland reist und sich hier als Asylbewerber meldet, dann kann er von dem Geld, das er hier bekommt, im Kosovo die nächsten zwei Jahre leben. Meine Damen und Herren, das sind Realitäten. Damit machen Leute vor Ort Werbung. Sie organisieren Busse und karren die Leute an die Grenzen anderer Länder, über die sie nach Deutschland kommen, und wir wissen nicht mehr, wie wir mit dem Zustrom fertig werden. Deshalb ist unsere klare Forderung: Das Kosovo ist neben Albanien als sicheres Herkunftsland einzustufen. Es kann nicht sein, dass die Sozialleistungen in Deutschland auf diese Weise ganz gravierend missbraucht werden.

Ich habe es schon gesagt: In der Nummer drei unseres Antrags fordern wir mehr Personal und schnellere Verfahren. Das ist eine Aufgabe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Das Bundesamt ist nicht in bayrischer Verantwortung. Hier muss end-

lich mehr getan werden. Hier kann die CSU mehr tun, weil sie in der Regierungsverantwortung steht.

Meine Damen und Herren, zu den Anträgen der CSU und der GRÜNEN werden wir uns enthalten, weil wir glauben, dass unser Antrag besser ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, Herr Kollege. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Herold.

Hans Herold (CSU): Herr Hanisch, eine Frage: Offensichtlich gibt es unterschiedliche Meinungen in Ihrer Fraktion. Als Rednerin war ursprünglich Ihre sozialpolitische Sprecherin Frau Gabi Schmidt vorgesehen. Aus welchen Gründen sie jetzt nicht spricht – –

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ist das euer Problem?)

– Nein, das ist kein Problem.

(Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Stellen Sie zuerst Ihre Frage!)

Ich habe die Frage: Was gilt eigentlich bei den FREIEN WÄHLERN? - Vor einiger Zeit gab es eine Agenturmeldung, wonach Herr Aiwanger gesagt hat, wir könnten in Deutschland maximal 100.000 Asylbewerber aufnehmen. Gleichzeitig gab es hier mehrere Redebeiträge von Frau Gabi Schmidt, denen zufolge wir quasi unbegrenzt aufnehmen sollten.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Passt euch das nicht, dass wir so argumentieren? Wollt ihr uns bei den GRÜNEN einordnen?)

Was gilt, Herr Aiwanger? Heute sagen Sie so, morgen sagen Sie so, genau wie bei den Stromtrassen.

(Beifall bei der CSU)

In Ihrem Dringlichkeitsantrag verlangen Sie "Die Einstufung des Kosovo und von Albanien als sicheres Herkunftsland".

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja und?)

Darüber hinaus soll geprüft werden, das Sachleistungsprinzip anstatt des Bargeldprinzips wieder einzuführen. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass die Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus den Balkanstaaten nur bei 1,1 % liegt und somit entsprechende Veränderungen vorgenommen werden müssten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und?)

Ihre stellvertretende Bundesvorsitzende wird heute in "nordbayern.de" in der Überschrift eines großen Artikels zitiert: "Gabi Schmidt verurteilt ... Abschiebungen"; sie hat die Betroffenen aufgefordert, Petitionen gegen gerechtfertigte Abschiebungen in sichere Herkunftsländer an den Landtag zu richten. Deshalb meine Frage, lieber Herr Kollege: Was gilt heute:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Antrag, der auf dem Tisch liegt!)

Ihre Meinung oder die Aussagen Ihrer sozialpolitischen Sprecherin?

(Beifall bei der CSU)

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, seien Sie versichert, dass wir in der Frage, wer bei uns redet, nicht herumeiern,

(Heiterkeit bei der CSU)

und seien Sie versichert, dass bei uns derjenige redet, den die Fraktion – und hier spreche ich nicht von der Mehrheit, sondern von Einstimmigkeit – als Redner beauftragt hat. Wenn Sie andere Informationen haben, dann tut mir das leid. Das ist die Realität.

(Widerspruch bei der CSU – Hans Herold (CSU): Hier reden Sie ganz anders!)

Sie hören von mir die Meinung der Fraktion zu diesem Thema. Die sollten Sie gefälligst auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Hanisch, für den Redebeitrag. Bevor ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteile, weise ich darauf hin, dass zum Dringlichkeitsantrag der CSU namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Da fange ich doch gleich mit dem Antrag der CSU an. Die beiden ersten Spiegelstriche sind ganz vernünftig. Warum schreiben Sie das aber immer in Spiegelstrichen? Warum setzen Sie das nicht endlich um? Warum dauert es nach wie vor immer noch sechs bis acht Wochen, wie Sie, Herr Innenminister, schreiben, bis ein Asylbewerber, beispielsweise aus dem Kosovo, seinen Asylantrag überhaupt begründen kann? Warum dauert das so lange? Sie sind in Bayern an der Regierung; Sie regieren über zwei Legislaturperioden in Berlin mit. Die Personalprobleme beim BAMF und die organisatorischen Probleme hier in Bayern hätten Sie längst angehen können, anstatt sie wiederum in Spiegelstrichen zu formulieren.

Im dritten Spiegelstrich bezeichnen Sie die Einstufung des Kosovo und Albaniens als sichere Herkunftsstaaten als besonders vordringlich. Ich meine, der Ansatz der sicheren Herkunftsstaaten ist gescheitert. Sie müssen nur einmal die Zahlen der Anträge aus Serbien anschauen, das auch angeblich ein sicheres Herkunftsland ist. Die Zahlen der Menschen, die als Asylbewerber von dort nach Bayern kommen, steigen, und zwar deutlich.

(Thomas Kreuzer (CSU): Warum? – Petra Guttenberger (CSU): Warum? Weil die politisch verfolgt sind?)

Die Zahlen von Asylbewerbern aus Serbien, einem sicheren Herkunftsstaat, steigen. Sie meinen, die Asylbewerberzahlen würden sinken, wenn sie ein Land als sicheres Herkunftsland definieren. Das funktioniert so nicht. Das geht so nicht.

Lieber Herr Kollege Huber, Sie haben viel von Gerechtigkeit im europäischen Asylsystem gesprochen. Ich glaube, die CSU hat da noch erheblichen Diskussionsbedarf. Wie soll so ein gerechter Maßstab ausschauen? Und wie verträgt er sich – wie Sie hier schreiben – mit der Dublin-III-Verordnung? - Entweder gilt Dublin oder ein entsprechendes Quotensystem; aber beides zusammen geht nicht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist der Punkt!)

Das Zweite: Wir wollen von Ihnen hören, wie Sie sich die Quotierung vorstellen. Wie soll das gehen? Solange wir dazu nichts Genaueres hören, muss ich sagen: Der Antrag ist es nicht wert, weiter beraten zu werden. Diskutieren Sie das ganze Papier bitte erst in Ihrer Fraktion noch einmal.

Ich komme zum Antrag der FREIEN WÄHLER. Sie übernehmen leider falscherweise die Forderung der CSU, Asylbewerber sollten hier nur Sachleistungen bekommen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen bekommen sie eh nur Sachleistungen. Wenn sie in Gemeinschaftsunterkünften sind, dann handelt es sich offenbar um Fälle, in denen das Asylverfahren länger dauert. Das sind offenbar auch Fälle, in denen der Asylgrund genauer geprüft werden muss. Sie werden unseren Landräten doch hoffentlich nicht zumuten wollen, in jeder Gemeinschaftsunterkunft nachzuschauen, woher ein Asylsuchender kommt, ob er ein kosovarischer Serbe oder ein serbischer Kosovare ist, um dann zu bestimmen, ob er Sachleistungen oder Geldleistungen bekommt. Einen solchen bürokratischen Unsinn wollen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu einem ernsten Problem. Wir haben in den Balkanstaaten eine wirklich sehr schwierige Situation, vor allen Dingen im Kosovo. Man muss auch die Geschichte

des Kosovo sehen. Der Kosovokrieg wurde von den Menschen dort als sehr dramatisch und schlimm empfunden. Die ethnischen Auseinandersetzungen sind stärker als anderswo gewesen. Es gab härteste Verfolgungen gegen Albaner, Roma, Ashkali und Ägypter. Dem Exodus der verschiedenen Minderheitengruppen gingen massive Diskriminierungen und Benachteiligungen voraus. Während Deutschland die Asylsuchenden aus dem Kosovo relativ selten anerkannt hat, haben das andere europäische Länder durchaus anders gesehen. Insbesondere die Länder Italien, Österreich, Frankreich, Schweden und Dänemark haben in der Vergangenheit wesentlich mehr Menschen aus dem Kosovo anerkannt.

(Josef Zellmeier (CSU): Wie viele haben die insgesamt?)

Zum Teil waren das Anerkennungsquoten von 40 bis 60 %, Herr Kollege. Das ist doch einmal interessant. Man muss einfach sehen, dass es auch eine andere Sicht der Dinge geben kann als Ihre.

Ich komme zu unserem Antrag. Um die Situation zu bereinigen und zu verbessern, sind Programme zu einem Armuts- und Diskriminierungsschutz im Kosovo dringend wichtig. Frau Ministerin Merk, Sie werden in den Kosovo reisen. Es wird wirklich sehr interessant sein, zu erfahren, was die Ursache für den jetzigen Anstieg der Flüchtlingszahlen ist und warum die bisherigen EU-Programme so wenig zum Erfolg geführt haben. Wir können uns doch nicht damit abfinden, dass die Situation so ist, wie sie ist, sondern wir sind eigentlich gefordert, in Europa Armut und Diskriminierung zu bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des Weiteren wollen wir ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene, das es den Arbeitsuchenden unter den Flüchtlingen ermöglicht, sich auf einem vernünftigen und sachgerechten Weg um eine Arbeitsstelle zu bewerben, vor allem in besonders nachgefragten Berufen.

Wir fordern Sie auf, endlich für eine sachgerechte Ausstattung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu sorgen, damit die Asylverfahren schneller durchgeführt werden können. Wir fordern Sie außerdem auch auf – das ist sehr wichtig –, das Schüren von Fremdenfeindlichkeit zu unterlassen, um ein friedliches Miteinander in Bayern und Europa zu gewährleisten.

Uns macht die steigende Anzahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime wirklich Sorgen, und wir wollen nicht, dass dem rechten Mob durch eine bestimmte politische Sprache, die ich leider gestern in verschiedenen Pressemitteilungen festgestellt habe, Vorschub geleistet wird. Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute hat Herr Huber von einem organisierten Missbrauch des Asylrechts gesprochen, es war von Sozialtouristen die Rede usw. usf. Wir müssen damit aufhören, ganze Bevölkerungsgruppen pauschal unter Generalverdacht stellen.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Das ist wichtig, um zu einem friedlichen und sachgerechten Miteinander in Bayern zu kommen. Liebe Frau Kollegin, bitte hören Sie auf, ganze Bevölkerungsgruppen pauschal unter Verdacht zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. – Unsere nächste Rednerin ist Frau Angelika Weikert. Bitte schön, Frau Weikert.

Angelika Weikert (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Kolleginnen und Kollegen, wir besprechen heute tatsächlich ein ernstes Thema; das will ich zu Beginn durchaus zugeben. Wir sollten uns ihm mit der nötigen Sachlichkeit zuwenden. Das ist mein erstes Petitum.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin Vorsitzende des AWO-Kreisverbandes Nürnberg. Wir haben in Priština schon seit über zehn Jahren eine Rückkehrberatung, die auch vom Sozialministerium unterstützt wird. Über die Entwicklung, die wir momentan vorfinden und die in den Medien beschrieben wird, wurde uns in den letzten Tagen aus Priština verstärkt berichtet.

Als Antwort auf die Frage, warum sich jetzt so viele Menschen auf den Weg nach Deutschland, aber auch nach Kanada, in die USA und in andere Länder machen – Ziel ist nicht nur Deutschland –, und was der Hauptgrund dafür ist, kommt die Aussage: Die Menschen sehen für sich keine Perspektive mehr in der Republik Kosovo und suchen für sich und ihre Angehörigen eine bessere Zukunft. Dies ist letztlich die Problembeschreibung für das, was sich im Moment in den Westbalkanstaaten und insbesondere im Kosovo vollzieht.

Kolleginnen und Kollegen – ich mache bei der Kollegin Kamm weiter –, ich bitte Sie wirklich, als verantwortliche Politiker in Bayern auf die eigene Sprache und darauf zu achten, wie das Problem beschrieben und wie auf das Thema zugegangen wird. Ich will in Anträgen, Kabinettsbeschlüssen und Presseerklärungen keine Überschriften wie "Tausendfacher Asylmissbrauch" lesen.

Kollege Huber und andere haben – da spreche ich Sie ernsthaft an – eine positive Stimmung in der Aufnahmegerügsellschaft – das sind wir letztlich alle – gegenüber denen, die zu uns kommen, geschildert. Im Grunde befinden sich die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern in einer Aufnahmesituation, in der es großes Verständnis gegenüber den Ankommenden gibt. Ich finde, die große Zustimmung der Bevölkerung sollten wir nicht dadurch kaputt machen, dass wir eine Sprache verwenden, die nur die Stammtische bedient.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie sprechen von wirtschaftlichen Gründen. Ich sage noch einmal: Die Menschen sehen keine Perspektive für sich und ihre Familien und zeigen damit ein ganz

menschliches Verhalten. Ich behaupte, alle, die hier sitzen, würden vielleicht nicht viel anders handeln, wären sie in einer solchen Situation.

Ich komme jetzt zu dem entscheidenden Punkt. Wir greifen diejenigen an, die sich auf den Weg nach Deutschland machen, und sprechen von massenhaftem Asylmissbrauch, sagen aber nichts über diejenigen, die die Menschen im Kosovo zu ihrer Reise überreden. Ich sage ganz deutlich: Was sich in diesen Staaten zum Teil vollzieht – ich nenne die Schlepperorganisationen –, ist für mich hoch kriminell.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Menschen in ihren Heimatländern überredet werden, Haus und Hof zu verkaufen, um einer ganz ungewissen Zukunft in irgendeinem Land der Welt entgegenzusehen, hilft das weder denen, die sich auf den Weg machen, noch denen, die diesem Bereich in den Aufnahmestaaten positiv gegenüberstehen. Insofern sollten wir, denke ich, nicht die Opfer, diejenigen, die sich in Busse setzen und nach Deutschland fahren, zu Tätern machen, sondern sollten uns genau anschauen, wer der wirkliche Täter ist, und sollten anfangen, sie zu bekämpfen. So viel zum Grundsätzlichen.

Jetzt will ich zum Antrag der CSU und zu dem kommen, was Herr Aiwanger und andere von den FREIEN WÄHLERN gesagt haben, und möchte auf die Spiegelstriche eingehen, zunächst auf die priorisierte Behandlung der Asylverfahren. Sie wissen doch alle, Kolleginnen und Kollegen, dass das im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge längst der Fall ist. Leider ist die Bearbeitungsdauer immer noch viel zu lang; das sagt das Bundesamt selbst. Aber es gibt – Herr Innenminister Herrmann, Sie wissen das – sozusagen zwei Ecken. Das eine ist das Schnellverfahren für Syrer – wer einen syrischen Pass vorlegt, bekommt einen Stempel und damit den Flüchtlingsstatus -, und das andere ist ein beschleunigtes Verfahren für die Staaten, wo die Anerkennungsquote ganz gering ist. Das ist unabhängig von den sicheren Herkunftsstaaten seit Langem Praxis.

Zum anderen soll das Bundesamt mit mehr Personal ausgestattet werden. Das ist längst Fakt. Aber Sie wissen, dass der Sachbearbeiter für Anhörungen nicht einfach vom Zoll in das Bundesamt wechseln kann, weil eine Einarbeitung nötig ist. Dass der Aufbau einer solchen Verwaltung Zeit in Anspruch nimmt, kann, glaube ich, jeder nachvollziehen, der in einer ordentlichen Verwaltung gearbeitet hat. Ich erinnere nur daran, wie lang der Freistaat Bayern gebraucht hat, sich nur für eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung in Bayern zu entscheiden. Man kann sich demnach entsprechende Zeiten vorstellen. Ich spreche noch zwei Punkte aus Ihrem Antrag an; dann muss ich Schluss machen: Mich ärgert, dass Sie in der Begründung Rot-Grün wieder zuschreiben, wir seien nicht für die Anerkennung sicherer Herkunftsstaaten gewesen. Sie wissen, es stimmt nicht. Wir haben in Berlin darüber verhandelt. Der Festlegung von drei neuen sicheren Herkunftsstaaten wurde von der SPD zugestimmt. Es ging nicht um mehr Taschengeld für die Flüchtlinge. Das finde ich vom Sprachgebrauch vollkommen daneben.

(Beifall bei der SPD)

Die Erhöhung der Sozialleistungen war die Umsetzung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Das müssen wir als Rechtsstaat vollziehen. Da waren Sie alle mit beteiligt. Davon zu reden, dass die SPD sich in Berlin verweigert habe, ist schlicht und einfach unredlich. Mit dieser Sprache, mit dieser Umgangsweise kommen wir bei dieser Thematik nicht zu dem Ziel, dass wir weiterhin in einer friedlichen Gesellschaft zu leben und den Menschen vor zu Ort helfen. Aus dem Grund lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Weikert. Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Guttenberger. Bitte schön.

Petra Guttenberger (CSU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein weltoffenes Land. Wir haben viele Beispiele sehr gelungener Integra-

tion. Bayern ist solidarisch mit Bürgerkriegsflüchtlingen und Menschen, die bei uns Schutz suchen. Im Grundgesetz findet sich die Regelung: Politisch verfolgte genießen Asyl. Ich betone, "politisch Verfolgte". Frau Weikert, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie so klar formulieren. Die, die Sie genannt haben, sind nicht politisch verfolgt.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

Das ist genau der Grund, warum sie hier kein Asyl bekommen. Man muss ganz klar sehen: Politisch Verfolgte genießen Asyl, und sie bekommen bei uns auch Asyl. Wir sind solidarisch und wir sind auch dafür da, Menschen aus Bürgerkriegsgebieten Hilfe angedeihen zu lassen. Wir lassen zum Beispiel den Syrern Hilfe angedeihen. Um dafür aber auch die Solidarität der Menschen vor Ort und die Kapazitäten zu erhalten, müssen wir Asylmissbrauch massiv bekämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Für mich heißt es aber auch grundsätzlich, dass wir uns nicht auf den Standpunkt stellen können, Frau Kamm, zu sagen: Wenn ich das zum sicheren Herkunftsland mache, dann ist deshalb noch nicht gesagt, dass es keine Asylanträge mehr gibt. Entscheidend ist doch, dass 99 % Asylanträge aus diesen Ländern abgelehnt werden, weil eben gerade kein Asylgrund vorliegt. Ob sich die Ausweisung des Westbalkans als sichere Herkunftsländer seit Ende November bis jetzt auswirkt, wollen Sie beurteilen? - Ich muss sagen, mutig. Ich glaube schon, dass man einem Amt wenigstens ein halbes Jahr lang die Möglichkeit geben muss, um diese Verfahren für Bewerber aus einem sicheren Herkunftsland priorisiert behandeln zu können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Tut was! Ihr regiert doch in Berlin!)

So zu tun, als gäbe es keinen Asylmissbrauch, ist schlicht falsch. Schauen wir uns den Kosovo an. Sie sind immer große Verfechter der Interessen der kommunalen Ebene. Doch auch der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes sieht, dass der Kosovo dringend zu einem sicheren Herkunftsland erklärt werden muss. Inzwi-

schen haben wir eine Steigerung der Zahl der Menschen um 480 %, die sich auf den Asylgrund berufen, wohl wissend, dass sie keinen Asylgrund haben. Das wird nicht einmal mehr behauptet. Da kann man sich also nicht auf das Asylrecht berufen; das ist die logische Konsequenz.

Wir haben eine Steigerung um 57 %. Wenn es so weiter geht, wenn weiterhin pro Monat 30.000 Menschen aus dem Kosovo kommen – "Spiegel Online" spricht von einem "großen Exodus aus dem Kosovo" –, wenn wir das hochrechnen, sind wir irgendwann bei 360.000 Personen pro Jahr. Übrigens hat ganz Augsburg nicht einmal 280.000 Einwohner. Ich sage das nur, damit man mal ein Gefühl bekommt, um welche Personenzahl es geht, die sich auf dem Papier relativ abstrakt liest.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen, dass klar gehandelt wird, dass Albanien und Kosovo sichere Herkunftsländer werden. Wir wollen auch, dass das vorrangig bearbeitet wird, damit wir allen denjenigen helfen können, die unsere Hilfe brauchen, weil sie vom Bürgerkrieg bedroht sind, weil sie bedroht sind an Leib und Leben, weil sie wegen ihrer Religionszugehörigkeit nicht mehr sicher dort leben können. Sie sagen, wir sollten manche Worte vermeiden und Ähnliches – da sind wir gleich beim richtigen Thema; denn meine Redezeit geht langsam zu Ende.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bravo! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
Noch eine halbe Stunde! 26 Minuten haben Sie noch Zeit!)

Ich möchte jetzt ganz direkt auf die Anträge eingehen. Frau Kamm, in Ihrem Dringlichkeitsantrag, Spiegelstrich Nummer vier, wissen Sie, was da steht? Sie haben ihn entworfen, da steht drin: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Schüren von Fremdenfeindlichkeit zu unterlassen, ...".

(Margarete Bause (GRÜNE): Genau! – Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss sagen: Das ist ein Skandal. - Ist das Fremdenfeindlichkeit, wenn ich sage, dass ich die Befürchtungen der Menschen vor Ort ernst nehme und auf das Grundge-

setz verweise, dass Menschen, die politisch verfolgt sind, Asyl genießen? Wenn einer Asyl missbraucht, kann er halt hier nicht bleiben. Dann muss er möglichst schnell ins Herkunftsland zurückgeführt werden. Ist das Schüren von Fremdenfeindlichkeit?

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE) – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Redezeit! Redezeit!)

Ich habe schon den Eindruck, Frau Kamm, Sie haben nicht mehr die richtigen Wertigkeiten. Eigentlich müsste man von Ihnen fordern, das zurückzunehmen. Man müsste eigentlich eine Entschuldigung fordern. Ich habe es einfach aufgegeben. Sie pflegen anscheinend einerseits hier immer bestimmte Worte einzufordern und wählen andererseits solche Formulierungen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die in keiner Weise zutreffen. Darum habe ich mit dem Satz begonnen, dass Bayern ein weltoffenes Land ist.

Noch ein Punkt zum Thema Asylbewerberzahlen. Sie reden ständig davon, dieses stimme nicht und jenes stimme nicht. Frau Kamm, die Realitäten können Sie nicht hinwegreden. Frau Weikert, Sie sagen, ich kann die Menschen im Kosovo so gut verstehen. Ich sage es jetzt ganz direkt: Mit dieser Einstellung hätten alle Bürger nach dem 2. Weltkrieg Deutschland verlassen müssen, anstatt mit anzupacken und das Land wieder aufzubauen.

In diesem Sinne werden wir den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen, wir werden den Antrag der GRÜNEN ablehnen und wir werden natürlich unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Guttenberger. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein relativ hoher Pegel an Gemurmel hier im Saal. Es

wäre schön, wenn er ein bisschen heruntergefahren würde. Damit meine ich nicht die Zwischenrufe, sondern das permanente Murmeln auf allen Seiten des Hauses. Wenn Sie sich unterhalten wollen, dann verlegen Sie doch bitte Ihre Gespräche nach draußen. Es wäre nett gegenüber den Rednerinnen und Rednern, die Ihre ganze Aufmerksamkeit brauchen. Danke schön. - Unsere nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Dr. Merk. Bitte.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Leider Gottes sind Flucht und Vertreibung, ein Thema, über das wir lange Zeit hinweggekommen waren, ganz bittere Realität geworden. Das sehen wir, wenn wir uns das Mittelmeer anschauen mit Tausenden von Menschen, die sich aufmachen, um nach Europa zu kommen, und vielen Toten, die dabei zu beklagen sind.

Heute lesen wir auf "Spiegel Online" von einer Aussage des UNHCR, dass 200 bis 300 Menschen auf ihrer Reise über das Meer den Kältetod gestorben sind. Das muss uns aufregen, wenn man sich überlegt, dass die Menschen sich nicht davon abschrecken lassen und dass der Strom nicht versiegt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

In Südosteuropa. verlassen täglich etwa 1.000 Kosovaren das Land, um über Ungarn und über Österreich in die EU zu kommen. Es ist unsere Aufgabe – und das versuchen wir mit aller Kraft –, der aktuellen Flüchtlingsproblematik Herr zu werden. Dass wir in Bayern den Schwachen Solidarität garantieren, dass wir Menschen in Not, die traumatisiert sind, helfen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Klar ist auch, dass wir bei der Bewältigung der anwachsenden Flüchtlingsströme eine gesamteuropäische Aufgabe vor uns haben, an der sich alle beteiligen müssen. Es kann nicht sein, dass im Moment nur einzelne Mitgliedstaaten dies schultern.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann nur immer wieder darauf hinweisen: 5 von 28 Mitgliedstaaten nehmen über 70 % der Flüchtlinge in ihrem Land auf. Daran muss sich etwas ändern. Hier brauchen wir Solidarität und Fairness. Wir brauchen einen Verteilungsschlüssel für die Europäische Union. Diesbezüglich sehe ich eine große Übereinstimmung mit der EU-Kommission, mit der ich letzte Woche in Brüssel sehr intensive Gespräche geführt habe und die in den nächsten Wochen konkrete Vorschläge dazu vorlegen wird.

In der nationalen und in der europäischen Flüchtlingsdebatte gibt es für mich noch einen anderen wichtigen Aspekt, nämlich: Kann es sein, dass Tausende jeden Tag diesen gefährlichen Weg auf sich nehmen, obwohl sie wissen oder wissen müssten, dass ein Asylantrag bei uns keinerlei Aussicht auf Erfolg hat?

Insbesondere die Zahl der Asylbewerber aus dem Kosovo hat sich binnen eines Jahres um mehr als 400 % gesteigert. Nur 0,3 % von ihnen werden als asylberechtigt anerkannt. Dennoch müssen diese Menschen bei uns registriert und untergebracht, und ihre Anträge müssen verbeschieden werden. Das ist ein enormer Aufwand. Dieser Aufwand geht zulasten derer, die wirklich Schutz brauchen.

Die Menschen aus dem Kosovo, die von verantwortungslosen Geschäftemachern mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt werden, sind keine Flüchtlinge. Sie leben in einem armen Land. Aber sie sind weder politisch verfolgt noch sind sie von Krieg oder von anderen Katastrophen bedroht. Das heißt, das deutsche Asylrecht ist nicht für sie gemacht. Mit diesen Menschen treiben kriminelle Schleuser Schindluder.

Deswegen sage ich deutlich: Stopp! Es kann nicht sein, dass Menschen zu uns kommen, weil sich herumgesprochen hat, dass Asylverfahren in Deutschland noch immer so lange dauern und dass sich ein Antrag in Anbetracht der Sozialleistungen noch immer rechnet und einige Monate – wir haben es vorhin gehört – ein gutes Auskommen sichert. Es muss Schluss sein mit falschen Versprechungen und Gerüchten. Das

muss man den Menschen aus den betroffenen Staaten ganz deutlich sagen. Deswegen fahre ich in diese Staaten.

Ich bin mit dieser Forderung nicht allein. Der kosovarische Premierminister Mustafa, mit dem ich am Wochenende am Rande der Sicherheitskonferenz lange gesprochen habe, hat mir mit bewegenden, mit eindrücklichen Worten gesagt, was bei ihm im Land momentan passiert, wie sein Land ausblutet, dass die Mittelschicht, die jungen Leute, diejenigen, die arbeiten und das Land wieder auf Vordermann bringen könnten, wegen dieser falschen Versprechungen mit ihren Familien aus dem Land gehen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wegen der Korruption in diesem Land!)

Ganze Straßen sind verlassen. Arbeitsplätze sind nicht besetzt. Er hat mich bei unserem Gespräch massiv gebeten zu helfen, den Exodus zu stoppen.

Ich werde morgen in den Kosovo reisen, um gemeinsam mit Premierminister Mustafa den Menschen vor Ort zu sagen: Bleibt zu Hause! Investiert eure Energie in die Zukunft eures Landes und eurer Heimat! Baut es wieder auf! Macht eine richtige Demokratie, einen Rechtsstaat in diesem Land! Das ist das, was die Menschen wollen und brauchen. Asyl könnt ihr bei uns nicht bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Ganz wichtig ist auch, dass man - wie es einige von Ihnen tun - immer wieder darüber spricht, dass die Auswanderer Opfer der Machenschaften von Kriminellen sind. Man muss den Auswanderern vor Ort im Land sagen, was tatsächlich der Fall ist. Dies gilt im Übrigen auch für Serbien, von wo aus sich ebenfalls viele Menschen in unsere Richtung aufmachen. Man muss ihnen sagen: Die Zuwanderung in die EU zur Stellung von Asylanträgen ohne einen berechtigten Grund macht keinen Sinn und lohnt sich nicht.

Neben solchen Aspekten ist ein anderer Aspekt zur Prävention wichtig, nämlich dafür zu sorgen, dass diese Menschen erst gar nicht ihr Land verlassen, gar nicht die EU

betreten. Wir müssen die Außengrenzen der EU effektiv überwachen. Es kann nicht sein, dass Tausende von Menschen, die zur Einreise ein Visum benötigen, oft ohne Kontrollen einfach so einreisen und weiterreisen können, wie sich das derzeit auch an der ungarisch-serbischen Grenze abspielt. Bayern wird Ungarn und Serbien selbstverständlich bei der Grenzsicherung helfen. Dazu wird der zuständige Innenminister noch etwas sagen. Ich werde mir selbst – das ist das Gemeinsame an unserer Arbeit – Ende Februar an der Grenze ein Bild von der Situation machen. Es muss aber auch klar sein: Die betroffenen Länder müssen ihre Pflichten erfüllen und können und dürfen diese nicht der EU oder anderen Mitgliedstaaten überlassen.

Über alle diese Fragen werde ich in den kommenden Wochen mit internationalen Gesprächspartnern diskutieren: morgen im Kosovo, dann in Ungarn, Anfang März in Serbien, im Libanon, in Rom und auf Sizilien.

Es geht mir auch darum, dass die Operation "Triton" im Hinblick auf die Frage überprüft wird, ob nicht mehr getan werden muss, damit Tragödien, wie sie jetzt geschehen sind, verhindert werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für mich steht fest: Wir alle müssen unseren Teil der Verantwortung übernehmen. Das gilt für Bayern. Das gilt für Deutschland. Das gilt für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das gilt auch für die Herkunftsstaaten. Wir müssen in Europa zusammenstehen. Wir müssen unsere Nachbarstaaten und die Transitstaaten einbinden. Wir müssen Drittstaaten helfen. Dann können wir den aktuellen Herausforderungen begegnen – gemeinsam, solidarisch und gerecht. Die Bayerische Staatsregierung begrüßt daher den Antrag der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die nächste Wortmeldung kommt von Staatsminister Herrmann. Bitte schön, Herr Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Nach den Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge betrug im Januar 2015, also in den unmittelbar zurückliegenden letzten Wochen, die sogenannte Gesamtschutzquote für kosovarische Asylbewerber exakt 0,3 %. Das heißt, von 1.000 Menschen aus dem Kosovo dürfen 3 bleiben, und 997 müssen zurückkehren. Das ist die Realität. Darüber sprechen wir. Deswegen sprechen wir von einem momentan tausendfachen, organisierten Missbrauch des deutschen Asylrechts.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin Kamm, das hat nichts mit einem Generalverdacht zu tun. Wir äußern uns nur aufgrund der vom Bundesamt getroffenen Entscheidungen. Wir setzen ja nicht irgendwelche politischen Märchen in die Welt, sondern wir entscheiden ganz klar entlang der Fakten. Da erlaube ich mir in der Tat festzustellen: Das ist skandalös.

Die Kollegin Merk hat es gerade angesprochen: Vor Ort wird für eine Ausreise nach Deutschland geworben. Ich bin dankbar, dass die Kollegin Merk morgen in den Kosovo fliegt. Wir müssen dieses Thema vor Ort angehen. Wir haben es schon am Rande der Sicherheitskonferenz mit einer Reihe von Leuten diskutiert.

Angesichts des Sozialstandards im Kosovo ist schon allein die Zusage "Ihr bekommt eine Unterkunft. Ihr bekommt dreimal täglich eine gesicherte Verpflegung. Zusätzlich gibt es auch noch Taschengeld, für Familien noch mehr usw." vor dem Hintergrund der heutigen Situation im Kosovo eine Besserstellung für viele. Aber trotzdem ist das kein Asylgrund.

Wir müssen im Kosovo helfen. Deutschland hilft übrigens schon seit vielen Jahren im Kosovo. Dass die Menschen dort überhaupt eine sicherheitspolitisch einigermaßen stabile Lage haben, ist der Tatsache zu verdanken, dass auch aktuell Hunderte von Bundeswehrsoldaten im Kosovo sind. Auch Polizeibeamte aus Bayern sind im Kosovo und bemühen sich dort um bestmögliche Sicherheit.

Es ist nicht so, dass wir uns bisher nicht um den Kosovo gekümmert hätten. Aber die Zukunft des Kosovo kann trotzdem nicht darin liegen, dass jetzt ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung unmittelbar nach Deutschland auswandert. Ich kann deshalb dem Dringlichkeitsantrag der CSU nur zustimmen: Es müssen sofortige Maßnahmen getroffen werden, um diesen Zustrom zu unterbinden.

Ich möchte in aller Kürze nur fünf Punkte nennen: Erstens. Wir unterstützen das Ansuchen Ungarns nach einem sofortigen Frontex-Einsatz an der ungarischen Grenze zu Serbien nachdrücklich. Die kosovarischen Asylbewerber müssen bereits direkt an der ungarischen Grenze gestoppt, registriert und nach Hause geschickt werden.

(Beifall bei der CSU)

Die Bundesregierung muss bei der Europäischen Union auf eine rasche Entscheidung für diesen Einsatz drängen. Sie muss möglichst auch Bundespolizei zur Unterstützung an diese Grenze entsenden.

Zweitens. Die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern aus dem Kosovo, aber auch aus den anderen Westbalkanstaaten muss schnellstmöglich erfolgen. Nur so geht ein klares Signal an die Menschen in diesen Ländern aus, dass ein Asylantrag aussichtslos ist und sich der Weg nach Deutschland daher auch nicht lohnt. Hierfür ist auch erforderlich, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell weiter aufgestockt wird. Die Asylverfahren dauern nach wie vor zu lange. Gerade die aussichtslosen Fälle aus den Balkanstaaten müssen binnen zwei bis drei Wochen abgearbeitet werden. Wir brauchen in unseren Unterkünften Platz für die echten Flüchtlinge, für diejenigen, die fürchterliche Schicksale in Bürgerkriegen wie zum Beispiel in Syrien erleiden.

(Beifall bei der CSU)

Die Plätze dürfen nicht durch diejenigen verstopft werden, die missbräuchlich hier herkommen.

Wir fordern deshalb drittens klar, dass Kosovo und Albanien in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufzunehmen sind. Von Bundestag und Bundesrat muss die im Herbst getroffene Entscheidung schleunigst ergänzt werden.

Viertens. Asylbewerbern aus dem Kosovo und den sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkans müssen bei ihrer Unterbringung in unserem Land wieder vorrangig Sachleistungen gewährt werden, weil bei ihnen im Unterschied zum Beispiel zu den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien von Anfang klar ist, dass sie sich nahezu ausnahmslos nur sehr kurzzeitig in unserem Land aufhalten sollen. Es geht nicht um Integration, sondern es geht darum, dass sie möglichst schnell in ihre Heimat zurückkehren. Deshalb ist es richtig, hier vorrangig mit Sachleistungen zu arbeiten. Wir dürfen in dieser Hinsicht keine falschen Anreize setzen und müssen so auch der irreführenden Propaganda im Kosovo die Grundlage entziehen.

Fünftens. Wir brauchen eine gerechte Verteilung wirklich schutzbedürftiger Asylbewerber in Europa. Ich kann nur alles unterstreichen, was Thomas Huber vorhin gesagt hat. Ich brauche dies an dieser Stelle nicht zu wiederholen. Klar ist jedenfalls: Deutschland nahm im vergangenen Jahr 2014 etwa 32 % aller Asylbewerber in Europa auf. Wenn man Deutschland, Schweden, Frankreich, Italien und Großbritannien zusammennimmt, dann nehmen allein diese 5 der 28 Mitgliedstaaten fast 75 % aller Asylbewerber in Europa auf. Natürlich sind dies auch die stärkeren Länder. Wir brauchen trotzdem eine gerechtere Verteilung. Deshalb wird im Dringlichkeitsantrag der CSU zu Recht gefordert, Asylbewerber gerechter auf die EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. Diese Lösung muss jetzt schnell kommen.

In den Beratungen der Innenminister und Justizminister der Europäischen Union wurde im Oktober letzten Jahres die Absicht bekräftigt, Mitgliedstaaten mit vielen Asylbewerbern durch eine Umverteilung zu entlasten. Ich sage aber auch Folgendes: Ich habe gestern Abend den italienischen Innenstaatssekretär zu einem Gespräch in München getroffen. Ich sage dies auch ganz bewusst im Hinblick auf die Situation in Italien. Im vergangenen Jahr haben wir häufig das Fehlverhalten italienischer Behör-

den kritisiert, weil keine ordentliche Registrierung von Flüchtlingen stattgefunden hat. Jetzt ist eine deutliche Besserung festzustellen. Natürlich gilt aber auch: Wir können Italien nicht zumuten, all das, was dort aus dem Mittelmeer anlandet, auf Dauer aufzunehmen. Wichtig ist, dass man die Menschen im Mittelmeer nicht absaugen lässt. Es ist auch richtig, dass Italien nicht alle bei sich behalten kann. Wir müssen aber dazu kommen, dass die Leute in Italien nicht einfach in die Züge gesetzt werden und man sie nach Deutschland fahren lässt. Wir müssen zu einem geordneten Verfahren kommen. Alle müssen registriert werden, und dann muss es in der Europäischen Union ein gerechtes Verteilungsverfahren geben, nach dem dann gegebenenfalls, wenn Italien über Gebühr strapaziert ist, Flüchtlinge auch auf andere EU-Staaten verteilt werden.

Diese auf europäischer Ebene zu führende Diskussion ändert nichts daran, dass alle Mitgliedstaaten ihren europarechtlichen Verpflichtungen uneingeschränkt nachkommen müssen. Dazu gehört, dass Asylbewerber überall in Europa registriert werden müssen, dass die Schengen-Außengrenzen wirksam gesichert werden und dass das Schlepperwesen effektiv bekämpft wird. In diesem Punkt, Frau Kollegin Weikert, sind wir uns in der Tat einig. Das ist in hohem Maße kriminell. Dies ist auch für unsere Kriminalpolizei eine Herausforderung. Dem Schlepperwesen müssen wir mit allen nur denkbaren Mitteln das Handwerk legen. Außerdem haben alle Staaten für eine den Standards entsprechende Unterbringung und Versorgung der Menschen zu sorgen. Es ist inakzeptabel, dass es EU-Mitgliedstaaten gibt, in denen diese Standards nicht eingehalten werden. Auch das gehört zu einer solidarischen Arbeit in Europa.

Meine Damen und Herren, konsequentes Handeln ist gefordert. Wir werden dies in Bayern praktizieren. Ich bin für die klaren Positionen dankbar, die die CSU-Fraktion in ihrem Dringlichkeitsantrag aufzeigt, und ich bitte Sie, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über die Anträge abstimmen, über die nicht namentlich abgestimmt wird. Als Erstes komme ich zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5234 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das sind die CSU, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5235 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER. Danke schön. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5221; das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit. Mit der Abstimmung kann begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 17.16 Uhr bis 17.21 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir fortfahren können.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich die Wahlergebnisse der vorher durchgeführten Richterwahlen, Tagesordnungspunkt 8, bekannt.

Wahlvorschlag Clemens Lückemann: An der Wahl haben 150 Abgeordnete teilgenommen. Auf Herrn Clemens Lückemann entfielen 86 Stimmen. Mit Nein stimmten 18 Abgeordnete. 46 Abgeordnete haben sich ihrer Stimme enthalten.

Wahlvorschlag Dr. Erwin Allesch: An der Wahl haben 150 Abgeordnete teilgenommen. Auf Herrn Dr. Erwin Allesch entfielen 85 Stimmen. Mit Nein stimmten 23 Abgeordnete. 42 Abgeordnete haben sich ihrer Stimme enthalten.

Wahlvorschlag Elisabeth Mette: An der Wahl haben 150 Abgeordnete teilgenommen. Auf Frau Elisabeth Mette entfielen 126 Stimmen. Mit Nein stimmten 6 Abgeordnete. 18 Abgeordnete haben sich ihrer Stimme enthalten.

Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag die Herren Clemens Lückemann und Dr. Erwin Allesch zu berufsrichterlichen Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs gewählt hat. Außerdem wurde Frau Elisabeth Mette zur zweiten Vertreterin des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt. Der Tagesordnungspunkt 8 ist damit erledigt.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt geben, zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Asylmissbrauch wirksam bekämpfen – schutzbedürftige Asylbewerber gerechter verteilen" auf der Drucksache 17/5221. Mit Ja haben 88 gestimmt, mit Nein 52. Stimmenthaltungen gab es 12. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.02.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion CSU; Asylmissbrauch wirksam bekämpfen - schutzbedürftige Asylbewerber gerechter verteilen (Drucksache 17/5221)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Awanger Hubert			X
Arnold Horst		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian			
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hüting Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther			
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl			
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Göte Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin			
Güller Harald			
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			X
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			X
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Büssinger Helga			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. Wenger Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X

Gesamtsumme 88 52 12